

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 101 (2021)
Heft: 1090

Artikel: Eckpunkte der Europadebatte
Autor: Jung, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958274>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

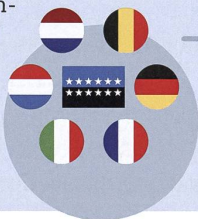
Eckpunkte der Europadebatte

Der Sonderfall Schweiz und die Rolle des Landes in Europa und der Welt werden seit Jahrzehnten diskutiert. Wir blicken zurück auf die wichtigsten Etappen – mit einer Chronik und prägnanten Zitaten.

von Daniel Jung

April 1951

Belgien, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gründen die **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**, auch Montanunion genannt.



März 1957

Mit dem Vertrag von Rom entsteht die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** – der Gemeinsame Markt.

«Im Hinblick auf die politischen Fernziele wäre ein Beitritt der Schweiz nicht möglich, weil ein solcher Schritt nicht allein ihre traditionelle Neutralitätspolitik gefährden müsste, sondern überhaupt ihre weitere Eigenständigkeit in Frage stellen könnte.»

Peter Aebi in «Gemeinsamer Markt und europäische Freihandelszone», «Schweizer Monatshefte», April 1957, S. 13–23.

«Mit dem Entscheid von 1992 hat das Volk den EWR und den EG-Beitritt als Weg zur Absicherung unserer aussenwirtschaftlichen Front einstweilen ausgeschlossen und uns auf den bilateralen Weg gewiesen. Aussenpolitik ist in der Schweiz immer auch eine innenpolitische Veranstaltung.»

Franz Steinegger, FDP-Nationalrat und -Parteipräsident, in einem NZZ-Beitrag vom 8. Oktober 1993.



Dezember 1992

Eine Mehrheit der Stände und 50,3 Prozent der Stimmberechtigten lehnen den Beitritt der Schweiz zum EWR ab. Grosser Sieger ist Christoph Blocher, der die EWR-Gegner anführte.

«Der Bundesrat sollte zurücktreten.»

Jean Ziegler im «Blick» am 7. Dezember 1992.

«C'est un dimanche noir.»

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz zum Abstimmungssonntag vom 6. Dezember 1992.

November 1993

Der EU-Binnenmarkt ist vollendet; seine Kennzeichen sind die vier Grundfreiheiten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital.

Juni 1999

Die Schweiz und die EU unterzeichnen die sieben Abkommen in den Bereichen Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Land- und Luftverkehr sowie Forschung. Die **Bilateralen I** sind ein Gesamtpaket und rechtlich miteinander verknüpft.

«Die Berge haben uns geprägt. Auf dem Weg zum Gipfel schreiten wir bedächtig voran. Wir setzen einen Fuss vor den andern. Immer wieder prüfen wir die Route. Eine Politik der kleinen Schritte entspricht unserem Naturell.»

Adolf Ogi zum deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau, als dieser am 17. Mai 2000 in Bern auf Staatsbesuch kam. (Quelle: NZZ, 18. Mai 2000)

«Auch ohne Abkommen bleibt die Schweiz – insbesondere auf der Grundlage der zahlreichen bestehenden bilateralen Verträge – eine zuverlässige und engagierte Partnerin der Europäischen Union.»

Der Bundesrat in einem Brief an Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, vom 26. Mai 2021.

Mai 2021

Der Bundesrat entscheidet, das **Rahmenabkommen** nicht zu unterzeichnen.



«Wir sind wissenschaftlich und wirtschaftlich fit und haben dank guter Beziehungen zwischen den Sozialpartnern einen gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen der EU nicht beizutreten und müssen auch nicht mit einem unausgewogenen InstA darauf vorbereitet werden.»

Alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann in einem NZZ-Beitrag vom 19. September 2020.



«Die Schweiz sagt 'Fuck the EU'»

Schlagzeile «Zeit Online» am 9. Februar 2014

«Nein, es ist kein schwarzer Sonntag.»

Bundespräsident Didier Burkhalter am 9. Februar 2014.

«Müsste die Schweiz auf diesen Gebieten ihre Souveränität an eine internationale Organisation ausliefern, so würden damit die Hauptträger ihres Staatsgedankens, nämlich die direkte Demokratie und die föderalistische Ordnung, im Mark getroffen und würde ihre politische Lebensform ausgehöhlt.»

Franz Aschinger, Chef der Handelsredaktion der NZZ, an einem Vortrag vom 22. Juni 1960 vor der Österreichisch-Schweizerischen Gesellschaft in Wien («Neue Zürcher Zeitung» vom 2. Juli 1960, Seite a29)

Januar 1960

Auf Initiative des Vereinigten Königreichs unterzeichnen die sieben Nicht-EWG-Staaten Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Schweiz das Übereinkommen für die **Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)** – als Gegengewicht zur EWG.

Dezember 1972

Volk und Stände stimmen dem **Freihandelsabkommen** zu – mit 72,5 Prozent Ja-Stimmen.

Juli 1972

Die Schweiz schliesst im Rahmen der EFTA mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein **Freihandelsabkommen** ab.



«Wir lehnen die EWR-Vorlage ab. Mit unserem Nein vertrauen wir auf die Erneuerungs- und Innovationskraft unserer Wirtschaft und Politik, auf die weitere Verständigungsfähigkeit der Sozialpartner unter erschwerten Bedingungen, auf den verstärkten Öffnungswillen für grenzüberschreitende Impulse und Hilfeleistungen und auf die initiative Bereitschaft zur vorurteilslosen europäischen Zusammenarbeit in allen Bereichen, die sich von der Sache her aufdrängen und eignen.»

Max U. Rapold, Verleger und Chefredaktor der «Schaffhauser Nachrichten», in der Abstimmungspareole der Redaktion vom 28. November 1992.

Mai 1992

Der Bundesrat stellt in Brüssel offiziell ein **Gesuch** um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Februar 1992

Mit dem Vertrag von **Maastricht** wird die Europäische Union gegründet – mit zwölf Mitgliedstaaten.

Mai 2000

Das Schweizer Volk nimmt die erste Tranche der **Bilateralen Verträge** mit der EU an.



«Der Schweizer Sonderweg ist ein Umweg, er führt früher oder später in die EU; auf Dauer wird es nicht anders gehen, und in einigen Jahren bereits wird der Euro offizielle Zweitwährung sein im Lande des Fränkens. Je länger der Umweg, desto schlechter unsere Chancen. Vor einigen Jahren hätten wir in Beitrittsverhandlungen härtere Bedingungen stellen können, als es in einigen Jahren der Fall sein wird.»

Roger de Weck am 22. Mai 2000 im «Tages-Anzeiger».

Oktober 2004

Die Schweiz und die EU unterzeichnen die **bilateralen Abkommen II**. Damit vertiefen sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit und dehnen sie auf Bereiche wie Sicherheit, Asyl, Umwelt und Kultur aus. Gegen den Beitritt zum Schengen-Abkommen kommt ein Referendum zustande, im Juni 2005 nimmt das Volk das Abkommen aber an.

Februar 2014

Es gibt ein knappes Ja (50,3%) zur Initiative «**Gegen Masseneinwanderung**», die im Konflikt mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU steht.

«Bin ich verrückt, wenn ich sage, dass die zentralistische, interventionistische EU nach Alter stinkt, nach Staatslösungen mit wenig Freiraum für die einzelnen? Liege ich total falsch, wenn ich behaupte, dass die Komplexität der Systeme nicht durch das Streben nach immer Grösserem und durch die Ausschaltung der Konkurrenz seitens der Kleinen gelöst wird? Und, ja, ich frage: Wer hat bei diesem intransparenten, widersprüchlichen Gebilde, das sich EU nennt, noch den Durchblick?»

Tito Tettamanti, «Widersprüchliches Gebilde», «Schweizer Monat» 982 – Dezember 2010.

«Der EWR-Vertrag verlangte, dass die Schweiz einen Grossteil des europäischen Rechtes zu übernehmen hätte und sich fremder Gerichtsbarkeit unterstelle, also eine Schweiz «mit fremdem Recht und fremden Richtern». Meine Damen und Herren, genau das Gleiche wird auch heute wieder verlangt mit der institutionellen Bindung an die EU! Ein typischer Kolonialvertrag! Ein Schlag gegen Unabhängigkeit und Freiheit.»

Alt Bundesrat Christoph Blocher in seiner Albisgütli-Rede vom 17. Januar 2014